

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tagesblatt Riesner
Postfach Nr. 52

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesner, des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Meißner beauftragte Blatt.

Postfach Nr. 52
Riesner Nr. 52

Nr. 151.

Samstag, 30. Juni 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Schwankungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 28 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Elben) 15 Gold-Pfennige; die 28 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Demütigter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Umtauschige Unterhaltungsbeilage. Empfänger an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesner; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesner.

Die Auseinandersetzungen in den deutschen Parteien

Die Begleiterscheinungen der nun endlich beendeten Regierungsbildung und die Wellenschläge, die das immer noch innerhalb der Parteien nachwirkende Ergebnis der Reichstagswahlen hervorgerufen hat, sind Anzeichen dafür, daß die politischen Parteien, wie sie heute bestehen, nicht der wirklich den inneren Kräften der Meinungsgruppen entsprechende Organisationsform sind. Die individualistische Veranlagung des deutschen Volkes hat zur Bildung einer ausfallig großen Anzahl von Parteien geführt. Wenn auch erfreulicherweise die Mehrzahl dieser Gruppen und Gruppen nicht von der Wahlvorschlagsliste in den Reichstag gelangt sind, so dürfte doch auch die jetzt bestehende Anzahl der Parteien des Bundes etwas zu viel sein. Die aufgeregten Zeiten, die Deutschland nach dem Kriegszusammenbruch durchgemacht hat, haben die Entwicklung von parteipolitischen Sonderformen begünstigt, hinter denen nicht ein gesundes weltanschauliches Programm steht. Ueber diese Versplitterungserscheinungen hinaus sind aber gerade nach den letzten Wahlen so hart wie nie zuvor in den größeren Parteien selbst Oppositionen, und Revolutionsforderungen entstanden, die auf eine Erweiterung und Vertiefung der programmatischen Grundlagen hinstreben.

Die beiden stärksten Parteien, Zentrum und Sozialdemokratie, sind verhältnismäßig noch am wenigsten von diesen Krisenerscheinungen und innerrevolutionären Tendenzen gegenüber dem Parteiprogramm betroffen worden. Auch das Zentrum hat in bestimmten Gruppen der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die im Wettbewerb mit den sozialdemokratischen freien Gewerkschaften eine härtere und radikalere soziale Aktivität fordern, sowie in den einen Teil der Jugend umfassenden Bindischbündnissen Elemente der inneren Bewegung. Die Mitarbeit in der Reichsregierung hat bei den letzten Wahlen von diesen Gesichtspunkten her die Versplitterungen und Einbußen veranlaßt. Die Geschlossenheit dieser großen Partei ist aber nicht ernsthaft gefährdet worden. Die Sozialdemokratie hat in langjähriger Oppositionstellung die nach der Revolution abgeschwächte radikale Parteigruppe der „Unabhängigen“ sich innerlich wieder verschmolzen und hat Trennungsbewegungen nach der nationalsozialistischen Seite hin, wie sie in der letzten sozialdemokratischen Partei sich zeigten, erdrückt. Die sogenannte nationalsozialistische Bewegung ist wegen ihres Radikalismus und ihres der Bewegung hinderlichen und unklugen Antilettismus trotz anfänglicher Erfolge in der Instabilität keine für die Sozialdemokratie ernst zu nehmende Gefahr geworden, und hat es auch nicht verstanden, gedanklich in dem Gefüge der sehr disziplinierten Anhängerenschaft der Sozialdemokratie irgendwie Raum zu gewinnen.

Am härtesten sind Auseinandersetzungen in den beiden Parteien lebendig geworden, die durch den Wahlausfall am meisten geschwächt worden sind, bei den Deutschen Nationalen und Demokraten. Geistig und politisch führende Persönlichkeiten der Deutschen Nationalen Volkspartei sind des Glaubens, daß die Wahlverlustrage und die Massenabwanderung von Anhängern, die z. T. direkt zur Sozialdemokratie übergegangen sein müssen, nicht nur eine Folge der zum Teil recht unpopulären Regierungstätigkeit sind, sondern daß eine zu starke Erringung des weltanschaulichen Lebens eingetreten ist. Eine, man kann sie nennen konservativere Bewegung, richtet sich gegen die Verklösterung durch materielle Interessenspolitik und gegen einen doktrinarischen Monarchismus, der in seiner bisherigen Form für die junge Generation nicht mehr tragbar sei. Der bekannte deutschnationalen Abgeordnete Lambach, Führer des Deutschen Handlungsgewerkschaftsbundes, hat in der „Volksrecht“ Wilmanns einen sehr scharfen Vorwurf unternommen. Die Wahl Hindenburgs habe in Verbindung mit den Familierkreisläufen im Hohenzollernhause den monarchischen Gedanken als solchen in der Jugend, bei den Mittelständlern und Bauern zurückgedrängt. In der Partei mühten Monarchisten und Republikaner konservativer Grundbeurteilung Raum haben. An diese Auseinandersetzungen haben sich Auseinandersetzungen von zum Teil erheblicher Schärfe angeschlossen. Graf Westarp, der Abgeordnete Gering, der Vertreter des scharfen Deutismus, und andere haben in diese Ausenderung eingegriffen. Daraus kommen sichtbar gewordene Spannungen hinsichtlich der Sozialpolitik, deren gegensätzliche Träger ebenfalls der gewerkschaftlich eingestellte Abgeordnete Lambach und der Altpreuße Dr. Bang sind. Der Abgeordnete Müller hat vom christlich-sozialen Standpunkt her im „Reichsboden“ die Ansicht entwickelt, daß der Abfall der Jugend infolge der Umformung der deutschnationalen Ideale „Christentum, Deutschtum, Kastentum“ eingetreten sei und daß die Jugend nun nicht mehr wie die alte Generation sich für „Kaiser und Reich“ begeistere, sondern für großdeutsche Ideale, die ihre letzte Erfüllung in einem Volkstentum der Zukunft finden würden. Wenn diese Ausenderungen auch nicht zu Spaltungen und Neubildungen führen werden, so zeigen sie doch eine im Gang befindliche geistige Umschichtung.

In der Demokratischen Partei ist die Unzufriedenheit über Form und Inhalt der gegenwärtigen Gruppe recht laut geworden. Während man auf der einen Seite, wie im Berliner Tageblatt, die Kandidatenauswahl für den Reichstag veranimatorisch machte, ist eine Sondergruppe, die sogenannte Liberale Vereinigung, für die Schaffung einer liberalen Bürgerpartei unter Zusammenschluß der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei tätig. Diese Gruppe setzt sich aus politischen Persönlichkeiten aus

Die Vorbereitung der Regierungserklärung. Die Ziele der neuen Regierung.

1) Berlin. Ueber die Vorbereitung der Regierungserklärung verlautet: Es handelt sich zunächst einmal darum, daß das Kabinett sich über die allgemeinen Richtlinien einigt wird. Im Anschluß daran werden dann die Ressorts die Ausarbeitung der einzelnen Teile übernehmen, und es werden dann in einer neuen Sitzung diese einzelnen Teile zu einer einheitlichen Erklärung zusammengefaßt werden. Man kann annehmen, daß das Kabinett Müller es vermeiden, in der Regierungserklärung Differenzpunkte zu berühren, über die bei den interfraktionellen Besprechungen scharfe gegensätzliche Meinungen herrschten. Die Frage des Vangerichtshauses wird nicht verhandelt werden, sondern im Wege der Exekutive ihre Erledigung finden. In der Frage der Kasse wird man vermutlich eine Form wählen, die dem Reichstag selbst die Entscheidung über die Einzelheiten der Ausgestaltung überläßt. Schwierig ist die Frage der Proklamierung des 11. August zum Nationalfeiertag. In diesem Punkte wird weder eine Einigung im Kabinett herbeizuführen sein, noch unter den Fraktionen, die im Kabinett vertreten sind. Außerhalb wird sich diese Frage so gestalten, daß die Reichstagsvorlage an den Reichstag weitergeleitet wird. Die Entscheidung wird dann im Plenum gefaßt werden müssen.

Reichsinnenminister Sebering über die republikanischen Ziele der neuen Regierung

1) Berlin. Die Vereinigung „Republikanische Presse“ feierte am Freitag abend den Jahrestag ihrer Gründung in den Räumlichkeiten der Reichsregierung durch einen Bierabend, an dem als Gäste zahlreiche Mitglieder der Reichsregierung, der preussischen Regierung und der Behörden teilnahmen.

Der Vorsitzende der Vereingung, Ministerialdirektor Dr. Spieder, bezeugte es in seiner Begrüßungsansprache als ein glückliches Omen, daß der erste Geburtstag der Vereinigung „Republikanische Presse“ zusammenzufallen mit der Geburt der neuen Reichsregierung, die trotz seiner Schwachheitsfehler bei ihrer Gründung doch so aussieht, wie sie sich gerade die republikanische Presse immer gewünscht habe. Der neuen Regierung, die das Vertrauen der Mitglieder der Vereingung besitze, wolle er nur wünschen, daß sie die gleiche Lebensdauer wie die Vereinigung „Republikanische Presse“ habe, denn diese Vereingung wolle noch recht lange zusammenbleiben und wirken am Auf- und Ausbau der deutschen Republik. Ministerialdirektor Dr. Spieder schloß mit dem Wunsch, daß das Vertrauen der Mitglieder der republikanischen Presse der Regierung entgegenbringen, auch von der Regierung erwidert werde und zu einem vertrauensvollen Zusammenwirken führen möge.

Nach der mit Beifall aufgenommenen Begrüßungsansprache führte

Reichsinnenminister Sebering,

mit herzlichem Kundgebungen empfangen, nach einer launigen Einleitung folgendes aus:

„Ich glaube, es ist in der Tat ein gutes Omen, daß Ihr Jahrestag zusammenfällt mit dem Geburtstag der neuen Regierung. Dieses Zusammenreffen veranlaßt mich zu der Bitte an Sie, dem Irrungen und Wirrungen bei der Regierungsbildung keine allzu große Bedeutung in der nächsten Zeit beizulegen, denn wir müssen die gemeinsame Kampffront behalten. Es ist auch deswegen besonders schwer, heute abend zu reden, weil man über Fragen wie Reichsreform, Demokratisierung der Verwaltung, grundsätzlich sehr viel sagen und auch viel schreiben kann; wenn man aber versuchen wollte, über die ersten praktischen Schritte derartiger Reformen zu reden, dann würde sich in der Praxis bald ergeben — das lassen Sie sich von einem Praktiker der Verwaltungsarbeit sagen —, daß die nächsten Tage diesen ersten Schritten Barrieren errichten würden. Deshalb rede ich über diese ersten Schritte zur Verwaltungsreform und

kommen, die der Demokratischen Partei nahesteht oder ihr angehört haben und sich wegen der ihrer Ansicht nach zu großen Nachgiebigkeit gegenüber sozialdemokratischen Agitationsforderungen zurückgezogen haben. Auch Volksparteiler gehören der Gruppe an. Ziel der Bewegung ist, die Annäherung zwischen Volkspartei und demokratischer Partei zu fördern und eine Partei zu schaffen, die mit härterer Forderung nach rechts, aber besonders auch nach links die Massen des Bürgertums unter liberal-nationaler Fahne sammelt und zu politischem Einfluss auf den Staat fähig macht.

Alle diese Ausenderungen sind noch nicht so weit gediehen, daß man sie als Krisenerscheinung bezeichnen kann. Sie bedürfen aber seitens der verantwortlichen Politiker aufmerktsamer Beachtung und geschickter Leitung. Letzten Endes hat auch nicht nur die Partei, sondern das deutsche Volk ein Interesse daran, daß im Parteilieben eine gewisse innere Festigung und organische Entwicklung sich durchsetzt, mit welcher Staatsmänner rechnen, arbeiten und wirken können.

zur Demokratisierung der Verwaltung lieber nicht. Sie dürfen aber überzeugt sein, daß dieses Schmeigen nicht Unstätigkeit und Passivität bedeuten soll. Ich darf Ihnen versprechen, daß ich versuchen werde, auch meinem Ministerium ein aktives Verfassungsmittel zu machen. Herr Ministerialdirektor Dr. Spieder hat davon gesprochen, daß er der neuen Regierung ein ebenso langes Leben wünsche wie der Vereinigung „Republikanische Presse“. Ich verzeihe diesen Wunsch mit Genugtuung und glaube im Sinne aller Mitglieder der Reichsregierung sprechen zu können, wenn ich hinzufüge, daß es unzureichend ist, recht lange in dieser Regierung am Leben zu bleiben. (Beifall.) Man hat diese Regierung schon ein Ferienkabinett genannt. Ich verträge Spott. Es ist mir lieb, wenn das graue Einerlei eines Tags auch mit spöttischen Bemerkungen gewürzt wird. Man soll sich doch auch gelassen sein lassen, daß man eine kurze Ferienpause auf lange ausdehnen kann. Wir haben die Absicht, vier Jahre Ferien zu machen, Ferien von Regierungskrisen, Programmverwirren und Richtlinienersetzung, um in den Ferien davon 4 Jahre praktischer Arbeit zum Aufbau der Republik zu leisten. (Beifall.)

Wenn gesagt worden ist, daß dieses Ministerium ein Ministerium des Abbruchs oder ein Ministerium auf Abbruch sei, dann möchte ich den Erfindern dieser Bezeichnung sagen, daß sie sich irren. Es ist nicht ein Ministerium auf Abbruch, aber man kann die Konzeption machen, es ist ein Ministerium auf Umbau zu nennen. In einigen Monaten wollen wir dieser Regierung kräftigere Toadpats unterziehen, und ich bin der festen Überzeugung, mit diesen Toadpats wird es möglich sein, 4 Jahre lang in der Tat praktische Arbeit zum sozialen und zum demokratischen Aufbau der Republik zu leisten.

Ihr sind überzeugt, daß wir im Bereich „Republikanische Presse“ gute Schiffe in dieser Arbeit finden werden. Wenn es dahin kommt, daß wir eine entente cordiale schließen zwischen den Vertretern der öffentlichen Meinung und den der deutschen Republik, dann muß es gelingen, dann werden wir in 4 Jahren, also am 29. Juni 1932, Erfolge für die Republik haben können.“

Der Rede des Reichsinnenministers folgte kürzlicher Beifall.

Amtstritt des Reichsverkehrsministers v. Guérard.

Berlin. (Funkpruch.) Reichsminister v. Guérard hat sich heute vormittag das Personal des Reichsverkehrsministeriums vorstellt. Er betonte, daß er sich der Verantwortung voll bewußt sei, die er in den für die deutsche Zukunft so bedeutsamen Verkehrsfragen übernehme und daß, ihm auch persönlich Vertrauen zu schenken.

Kommunistische Anträge im Reichstag.

1) Berlin. Die Kommunistische Fraktion des Reichstages hat einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach die Vorschriften des BGB., der Zivilprozessordnung und des Gesetzes über Anwendung der freiwilligen Gerichtsbarkeit über Ehecheidung dahin geändert werden sollen, daß die Ehe durch Uebereinkommen beider Ehegatten oder auf Antrag eines der Ehegatten vor Gericht gelöst werden kann; der Eheauflösungsvertrag soll die künftigen finanziellen Verpflichtungen der Ehegatten gegeneinander regeln und bei Ehen, aus denen Kinder hervorgegangen sind, Bestimmungen über die Verpflichtungen jedes der Ehegatten gegenüber den Kindern und über die Erziehungsbefugnisse der geschiedenen Eltern enthalten.

Ein weiterer Antrag der Kommunistischen Fraktion fordert das Reichstagspräsidium auf, halbjährlich ein Verzeichnis der Abgeordneten herauszugeben, die als Aufsichtsräte fungieren, unter Angabe der betreffenden Unternehmungen.

Gütdwünsche für den Reichspräsidenten.

1) Berlin. Reichskanzler Müller richtete an den Herrn Reichspräsidenten folgendes Gütdwunschsreiben: Hochgeachteter Herr Reichspräsident!

Soeben erhalte ich die Nachricht, daß Sie, hochgeachteter Herr Reichspräsident, heute durch die Geburt eines Entsetzlichen beglückt worden sind. Das deutsche Volk wird Ihre und Ihres Hauses Freude darüber, daß nunmehr der Name von Hindenburg auch im männlichen Stamm fortleben wird, hochbeglückt teilen. Ich bin überzeugt, daß bei der tiefen Verehrung, die Sie, hochgeachteter Herr Reichspräsident, in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes genießen, diese Nachricht den freudigsten Widerhall finden wird. Im Namen der toeben zu ihrer ersten Sitzung zusammengetretenen Reichsregierung darf ich mir erlauben, die verehrungsvollsten und aufrichtigsten Gütdwünsche auszusprechen. Ich bitte, auch Ihrer Frau Schwiegertochter und Ihrem Herrn Sohn meine besten Wünsche für den Stammbauer übermitteln zu wollen.

Mit verehrungsvollen Empfehlungen verbleibe ich, hochgeachteter Herr Reichspräsident, Ihr stets ganz ergebener Ges. Müller.